

Keine Mautpreller auf unseren Bundesstraßen!

(Eschwege) Die SPD Werra-Meißner zeigt sich bestürzt über die Aufhebung des Fahrverbots für schwere LKW über 12 Tonnen durch das Verwaltungsgericht Kassel. Das Fahrverbot habe spürbare Erleichterungen für die Anwohner an den Bundesstraßen B 7, B 27 und B 400 gebracht. Durch den Schwerlastverkehr kämen die Belastungen durch Lärm und Gestank sowie zusätzliche Unfallrisiken aufgrund einer falschen Abwägung der Interessen von Anliegern und Transportunternehmen wieder auf die ohnehin schon leidgeprüften Menschen entlang der Bundesstraßen zu, wenn die Gerichtsentscheidung nicht rückgängig gemacht wird.

„Es geht nur um den Transitverkehr durch ganz Deutschland, für den die Autobahnen gebaut wurden, nicht die Bundesstraßen mitten durch die Ortschaften“, sagt der SPD-Vorsitzende im Werra-Meißner-Kreis, Dirk Oetzel. Dieser Transit-Schwerlastverkehr wick nach der Einführung der Autobahn-Maut immer mehr auf die Bundesstraßen aus. Dem war das Land Hessen mit dem Fahrverbot für Schwerlastzüge entgegen getreten. Das Verwaltungsgericht habe jetzt unverständlicher Weise die finanziellen Interessen der Mautpreller gegenüber den berechtigten Lebensinteressen der Anlieger bevorzugt. „Wir unterstützen die Landesregierung in ihren Bestrebungen, Berufung gegen diese Entscheidung vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof einzulegen, um den schweren Transitverkehr von den Bundesstraßen durch unseren Kreis fern zu halten“, so Oetzel weiter. Er hoffe auf die Einsicht der höheren Instanz, dass die hier lebenden Menschen Vorrang haben müssten. Wenn ein totales Fahrverbot für den Schwerlastverkehr am Ende tatsächlich juristisch unmöglich sei, müsse zumindest ein durchgängiges Nachfahrverbot verhängt werden; „alle Rechtsmittel sollten aber ausgeschöpft werden“, so SPD-Chef Oetzel.

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G